

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

STANDPUNKT

- 2 Die Parteienlandschaft - ein Jahr nach der Bundestagswahl

POLITISCHE SOMMERREISE

- 3 Begegnungen von der Wahner Heide bis zur Bildzeitung in Berlin

WAHLKREIS

- 4 Bürgerbüro Porz frisch renoviert
- 4 Verdienstmedaille für Ratsfrau Monika Möller
- 5 Besuchergruppe: Porzer Karneval und Handwerk zu Besuch in Berlin

KÖLN

- 6 Matthias Machnig, Thomas Meyer und Martin Dörmann diskutierten: „Wohin geht die SPD?“
- 8 Dialogkreis Netzpolitik: Prof. Kruse erläuterte die Auswirkungen des digitalen Wandels
- 10 Arbeitsschwerpunkte und Kölner Büros der SPD-Landtagsabgeordneten

NRW

- 11 Die rot-grüne Landesregierung
- 12 Regierungserklärung von Hannelore Kraft

ENQUETE-KOMMISSION INTERNET

- 13 Projektgruppe zu Medienkompetenz eingesetzt
- 13 Anhörung und Fragen zu Netzneutralität

BUNDESTAG

- 14 Note „sehr gut“ für Martin Dörmann bei Abgeordnetenwatch
- 14 Bundeshaushalt 2011: Soziale Spaltung mit fiskalischen Mitteln

- 16 Energiepolitisches Konzept der SPD

SPD

- 17 Beschlüsse des SPD-Bundesparteitages

SERIE: SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE

- 19 Vorgestellt: Astrid Klug

INFOS UND IMPRESSUM

- 20 Arbeitsschwerpunkte, Sitzungswochen, Büros, Impressum



Matthias Machnig, Thomas Meyer und Martin Dörmann diskutierten in Köln zur Lage der SPD (Bericht ab Seite 6)

SPD-Bundesparteitag

Seite 17

Mitgliederausgabe • Redaktionsschluss: 1.10.2010

Die Parteienlandschaft ein Jahr nach der Bundestagswahl

Liebe Genossinnen und Genossen,
in nur einem Jahr haben sich die Kräfteverhältnisse im **Fünf-Parteien-System** deutlich verschoben.

Nach der jüngsten Umfrage des ZDF-Politbarometers von Ende September kommt **Schwarz-Gelb** zusammen auf gerade mal 36 Prozent – das sind 12,4 Prozentpunkte weniger als bei der Bundestagswahl 2009. Die **SPD** käme auf 30 Prozent (+7), die **Grünen** auf 19 (+7,3) und die **Linke** auf 10 Prozent (-1,9). SPD und Grüne würden somit gleich stark profitieren. Eine rot-grüne Mehrheit 2013 rückt wieder in den Bereich des Möglichen. Im Bundesrat hat Schwarz-Gelb seine Mehrheit schon verloren.



Die Gründe für den tiefen Fall der Koalitionsparteien liegen auf der Hand: beispiellose **Klientelorientierung**, rückwärtsgewandte und unsoziale Konzepte sowie eine unerbittliche Streitunkultur sind das Markenzeichen dieser Regierung. Von den Steuergeschenken für Hoteliers bis zur Abkehr vom Atomausstieg – nirgends ist eine Politik erkennbar, die unser Land nach vorne bringt. Im Gegenteil. Selbst in Gesprächen mit konservativen Unternehmensvertretern wird Hohn und Spott über das Tandem **Merkel/Westerwelle** ausgeschüttet.

Dass Deutschland bisher besser durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen ist, als viele befürchtet hatten – insbesondere auf dem Arbeitsmarkt – ist auch kein Verdienst dieser Bundesregierung sondern Folge rot-grüner Reformen und der von der SPD in der Großen Koalition konzipierten **Konjunkturpakete**. Mit etwas Abstand und im Vergleich werden die sozialdemokratischen Erfolge sichtbarer.

Die SPD hat unter dem gut harmonisierenden Führungsduo **Gabriel** und **Steinmeier** nicht nur eine Depression nach einem desaströsen Wahlergebnis verhindert.

Vielmehr ist es gelungen, innerparteiliche Konflikte fast gänzlich zu vermeiden und in kurzer Zeit soziales Profil zurück zu gewinnen, ohne die Jahre der Regierungsverantwortung zu verleugnen.

Der **SPD-Bundesparteitag** in Berlin im September mit seinen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Beschlüssen war hierfür ein wichtiger Zwischenschritt.

Klar ist, dass Umfragen labil sind und die SPD noch einiges aufzuarbeiten hat. Aber ein guter Anfang ist gemacht.

Ein besonderes Hoch erleben zur Zeit die Grünen. Sie profitieren von mehreren Faktoren. Zum einen konnten sie sich sowohl gegen die große Koalition als auch Schwarz-Gelb profilieren.

Zugleich haben sie zu den Wählerschichten aller anderen Parteien relativ große Schnittmengen, können sowohl fortschrittliche Linke als auch die **bürgerliche Mitte** ansprechen. Da sie für alle als potentiellen Bündnispartner in Frage kommen, sind sie auch weniger als andere Zielscheibe der Kritik, zumal ohne Regierungsverantwortung.

Doch diese Flexibilität ist nicht nur Stärke sondern zugleich auch Schwäche der Grünen. Sie werden immer beliebiger. Man weiß immer weniger, was und wen man am Ende bekommt, wenn man grün wählt. Das könnte vor einer Bundestagswahl nach hinten los gehen, wenn klar Verhältnisse gefragt sind.

Auch aus diesem Grunde ist es mehr als wünschenswert, dass die SPD im rot-grünen Lager deutlich vorne bleibt. Damit nicht die Gefahr aufkommt, **Angela Merkel** doch noch zu einer dritten Amtszeit zu verhelfen.

NRW hat gezeigt, dass eine klare rot-grüne Strategie unter Führung der **Sozialdemokratie** erfolgreich sein kann.

Herzlichst

Euer

Begegnungen von der Wahner Heide bis zur Bildzeitung in Berlin

Martin Dörmann absolvierte in der Sommerpause wieder zahlreiche Termine

Seit seiner ersten Wahl 2002 nutzt **Martin Dörmann** traditionell die parlamentarische Sommerpause für zahlreiche Termine, sei es in seinem Wahlkreis oder bundesweit. Auch diesmal gab es wieder ein volles Programm mit vielen Bürgerbegegnungen und Fachgesprächen.

So besuchte er beispielsweise in Köln die **Redaktion des Kölner Stadt-Anzeigers**, die Geschäftsstelle der **Gebühreneinzugszentrale (GEZ)** sowie das **Bundesamt für Güterverkehr (BAG)**, nahm dabei u.a. auch an einer Straßenkontrolle auf der BAB 61 teil.

In Bonn führte Martin Dörmann Fachgespräche bei der **Bundesnetzagentur**, dem **Bundeskartellamt** und im **Bundeswirtschaftsministerium**. Zudem nahm er an mehreren **Podiumsdiskussionen** teil, etwa in Kaiserslautern zum Thema **Breitbandausbau** oder in Bonn bei der **Medien-Sommer-Akademie der FES** (Friedrich-Ebert-Stiftung).

Aus den vielen weiteren Terminen greifen wir nachfolgend beispielhaft zwei heraus:

Wanderung durch die Wahner Heide

Die Wahner Heide ist eine einzigartige Landschaft und das artenreichste Heide-, Moor- und Waldgebiet in NRW. Ein Kleinod vor der Kölner Haustür, das es zu erhalten und zu nutzen gilt.



Martin Dörmann und Jürgen Schumann wanderten mit 70 Teilnehmern durch die Wahner Heide

Martin Dörmann hat sich deshalb vorgenommen, das gesamte Naturschutzgebiet im Laufe einer Wahlperiode zusammen mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern zu durchwandern. Und zwar in einzelnen Etappen und unter fachkundiger Führung des Journalisten **Jürgen Schumann**. Der ausgewiesene Heide-Kenner hat selbst einen Film über die Wahner Heide herausgegeben.

Im letzten Jahr wurde die Nordheide durchwandert. Anfang August führte der Weg nun über den Geisterbusch und die Wolfsheide. Jürgen Schu-

mann konnte von spannenden Legenden berichten. Und wieder kamen rund 70 Bürgerinnen und Bürger mit.

Blattkritik bei der BILD-Redaktion

Im September wurde **Martin Dörmann** als medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion zur BILD-Zeitungsredaktion eingeladen. Im Berliner Axel-Springer-Hochhaus erlebte er das journalistische Alltagsgeschäft hautnah und konnte über den Tag die Themen- und Artikelauswahl der kommenden Ausgabe mit verfolgen, nahm beispielsweise auch an der Chefredakteurs-Konferenz teil.



Bei der Fotoauswahl mit Redakteuren der Bild-Zeitung

Während der anschließenden großen bundesweiten Schaltkonferenz nahm Martin Dörmann die Blattkritik der aktuellen Ausgabe vom Tage vor. Der stellvertretende Chefredakteur **Jörg Quos** bedankte sich für die sehr präzise Kritik und diskutierte mit Martin Dörmann im Anschluss über die Zukunft des Printjournalismus und die Potentiale der neuen Medien. Zudem traf sich Martin Dörmann mit einem Konzernvorstand und sprach über aktuelle medienpolitische Fragen.



Mit Rolf Blandow vom Veedel e.V. beim Fest „Wir sind Ostheim“

Bürgerbüro Porz frisch renoviert

Das SPD-Bürgerbüro Porz der Wahlkreisabgeordneten **Martin Dörmann, MdB** und **Jochen Ott, MdL** ist in der Sommerpause komplett renoviert und neu möbliert worden!

Der reguläre Neubetrieb begann am 16. August 2010. Das Büro ist nun montags bis donnerstags zwischen 10 und 18 Uhr sowie freitags von 10 bis 14 Uhr geöffnet. Die offizielle Eröffnungsfeier wird im Oktober unter dem Motto „30 Jahre SPD-Bürgerbüro Porz“ erfolgen.

Leiter des MdB-Büroteils ist **Tim Cremer**. Er bildet zusammen mit **Esther Frenzel** und **Assen Kochev** das Mitarbeiterteam von Martin Dörmann.

Leiterin des MdL-Büroteils ist **Marion Tillmann**, die für Jochen Ott mit den Aufgaben Bürgerservice, Wahlkreis- und Mitgliederbetreuung des Stadtbezirkes Porz betreut wurde. Unterstützt wird sie bei der Öffentlichkeitsarbeit von **Karl-Heinz Tillmann**.

Neben dem Bürgerbüro Porz unterhält Martin Dörmann auch weiterhin das Bürgerbüro Kalk (mit **Stephan Gatter, MdL**) und das Bürgerbüro Köln (gemeinsam mit den beiden anderen SPD-Bundestagsabgeordneten **Rolf Mützenich** und **Karl Lauterbach**).



OB vor Ort: Am 18. September kamen Jürgen Roters und Mandatsträger der SPD in die Fußgängerzone nach Porz zu Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern

Verdienstmedaille für Ratsfrau Monika Möller

Am 20. August erhielt die Kölner Ratsfrau **Monika Möller** (SPD) noch im Namen des ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler im Kölner Rathaus die Verdienstmedaille der Bundesrepublik Deutschland durch Oberbürgermeister **Jürgen Roters** überreicht. Mit dieser Auszeichnung werden insbesondere ihre außerordentlichen Verdienste für das Engagement in der von ihr mitbegründeten Städtepartnerschaft Köln - Tel Aviv gewürdigt, in der sie sich seit fünfzehn Jahren in herausragender Weise ehrenamtlich und erfolgreich für den deutsch-israelischen Dialog engagiert.

Monika Möller gehört dem Rat der Stadt Köln seit 1994 ununterbrochen an. Als Ratsfrau ist bzw. war sie Mitglied in den Ausschüssen Soziales und Senioren, Kunst und Kultur sowie Rechnungsprüfung und Liegenschaften. Seit November 2009 ist sie zudem Mitglied im Ausschuss Allgemeine Rechtsfragen, Vergabe und Internationales. Als Stadtverordnete vertritt sie vor allem die Anliegen ihres Wahlkreises Porz-Eil, Finkenberg und

Gremberghoven. Sie ist dort etwa als Vorstandsmitglied im Ortsring Porz-Eil im örtlichen Vereinsleben fest verwurzelt. Ihr besonderes Augenmerk gilt darüber hinaus der Sanierung des Stadtteils Porz-Finkenberg.



Jürgen Roters ehrt Monika Möller

Martin Dörmann empfing eine besondere Wahlkreisgruppe

Auf Einladung von **Martin Dörmann** war vom 22. bis 26. September wieder eine Besuchergruppe mit 50 Bürgerinnen und Bürgern aus seinem Wahlkreis zu Gast in Berlin. Bei der vom Bundespresseamt organisierten Fahrt gewann die Gruppe Einblicke in das politische Leben der Bundeshauptstadt, besuchte beispielsweise den Reichstag, historische Gedenkstätten und politische Informationsveranstaltungen.

Diesmal konnte Martin Dörmann eine ganz besondere Gruppe aus dem Stadtbezirk Porz begrüßen. Zusammengefunden hatten sich Mitglieder des „**Festausschuss Porzer Karneval**“ (**FAS**) und des „**Vereins Selbständiger Handwerksmeister Porz**“ sowie Soldaten der Bundeswehrkaserne Wahn. Allen voran der 1. Vorsitzende der Handwerksmeister **Karl-Heinz Miebach**, deren Präsident **Peter Schumacher** sowie der Präsident des FAS **Stephan Demmer**. Seit vielen Jahren hält Martin Dörmann engen Kontakt zu den Vereinen. Geradezu legendär sind seine „Wortgefechte“ beim traditionellen Neujahrsempfang der Porzer Handwerksmeister mit Peter Schumacher, aus denen sich eine gegenseitige Hochachtung entwickelt hat.

Die Diskussionsrunde mit dem Bundestagsabgeordneten fand diesmal in den Räumen des Reichstagsgebäudes statt. Nachdem Martin Dörmann einen Überblick über seine übliche Arbeitswoche gegeben hatte, stellten die Besucher ihre Fragen. So interessierten sie sich beispielsweise dafür, wie stark der Einfluss der Lobbyisten in Berlin tatsächlich ist, wie er persönlich die Oppositionsarbeit empfindet und ob er bei einem Stromausfall im Plenarsaal in der Lage wäre, Poli-

tikerinnen und Politiker anhand ihrer Reden im Dunkeln den politischen Lagern zuzuordnen.

Über eine Stunde nahm sich Martin Dörmann Zeit, um auf Fragen und Anregungen einzugehen. Dabei sprach er sich immer wieder für differenzierte Betrachtungsweisen, wie beispielsweise beim Thema der Lobbyarbeit in Berlin, aus. Die organisierte Interessenvertretung in Berlin sei zwar sehr präsent, dennoch obliege es den Bundestagsabgeordneten selbstverständlich, ihre eigene Position zu entwickeln: „Das Beispiel des Gesundheitsministers **Philipp Rösler** zeigt, dass bloßes Hinterherlaufen in Richtung Lobby nicht nur auffällt, sondern politisch schnell in einer Sackgasse enden kann.“

Auch nutzte Martin Dörmann die Gelegenheit, um als medienpolitischer Sprecher der SPD Bundestagsfraktion auf Nachfrage seine Position zur Neuregelung der Rundfunkgebühren zu verdeutlichen. Der geplante haushalts- und betriebsstättenbezogene Rundfunkbeitrag sei notwendig, um eine stabile und gerechtere Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auch in Zukunft gewährleisten zu können. Jedoch sieht er aktuell immer noch ungeklärte datenschutzrechtliche Fragen und traf sich deshalb erst wenige Tage zuvor noch mit dem Geschäftsführer der GEZ zum Gespräch mit dem WDR-Datenschutzbeauftragten.

Die Diskussion endete mit der Verleihung eines gerahmten Karnevalsordens an Martin Dörmann durch den „Festausschuss Porzer Karneval“, überreicht von Stephan Demmer. Bei einer kleinen Bootstour auf der Spree in abendlicher Herbstsonne wurde der Gesprächsfaden in harmonischer Atmosphäre fortgeführt.



Auf diesem Foto sind zu sehen (v.l.): von den Handwerksmeistern Porz Matthias Feld (Ehrenvorsitzender), Karl-Heinz Miebach (1. Vorsitzender), Peter Schumacher (Präsident), Martin Dörmann, Stephan Demmer (Präsident des Festausschusses Porzer Karneval), Klaus Liebram (ehemaliger Prinzenführer)

250 Teilnehmer bei FES-Veranstaltung „Wohin geht die SPD?“

Matthias Machnig und Thomas Meyer diskutieren mit Martin Dörmann über die Perspektiven der Sozialdemokratie im Fünf-Parteien-System

Es sind zwei sozialdemokratische Strategen, die an diesem Abend den Raum betreten. Beide sind Berater des SPD-Parteivorsitzenden **Sigmar Gabriel**. Und doch sind sie gänzlich unterschiedliche Typen. Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung diskutieren sie am 7. September im KOMED-Saal des Kölner Mediaparks zur Fragestellung „Wohin geht die SPD?“.



Matthias Machnig

Der Eine, **Matthias Machnig**, ist der strategische Machertyp. Einer, der es liebt, die Ärmel hochzukrempeln und den politischen Gegner bloß zu stellen: Er war ein derart erfolgreicher Wahlkampfleiter bei den Bundestagswahlen 1998 und 2002, dass er sich die Anerkennung über die Parteigrenzen hinweg verdiente. Er war Bundesgeschäftsführer der SPD, Staatssekretär im Umweltministerium und ist heute als Wirtschaftsminister in Thüringen tätig, wo er das sozialdemokratische Profil im Lande schärft.

Der andere, **Professor Dr. Thomas Meyer**, ein guter und langjähriger Freund der Kölner SPD, ist der strategische Theoretiker. Einer, der messerscharfe Analysen liebt, langfristig denkt und Perspektiven aufzeigt. Der Politikwissenschaftler ist Mitherausgeber der Zeitschrift ‚Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte‘ und hat kräftig an den letzten SPD-Parteiprogrammen mitgeschrieben.



Auf dem Podium: Machnig, Dörmann, Meyer

Es geht um nichts Geringeres als die Perspektiven der Sozialdemokratie im neuen Fünf-Parteien-

System. Dazu haben beide etwas zu sagen. Unter der Moderation von **Martin Dörmann** und von den etwa 250 Teilnehmern mit regem Interesse verfolgt, analysieren sie offen die Schwächen der SPD, entwickeln Strategien zur kritischen Selbstreflexion der Partei und zeigen Wege für weitere erfolgreiche Jahre deutscher Sozialdemokratie auf.

Die momentane Schwäche der SPD führen die Diskutanten zum Teil auf den politischen Zyklus zurück. Dieser sei eine politische Tatsache in Demokratien, denn nach einem bestimmten Zeitablauf wollen die Wähler einen Wechsel, so Machnig. Die SPD habe immerhin bis vor kurzem elf Jahre lang die Bundesregierung mitgestellt. Zudem sei durch die Gründung der Grünen und der Linksabspaltung der SPD „das Potential an Unterstützung in der Gesellschaft an Wählern und an Mitgliedern, das ehemals ein rein sozialdemokratisches war, heute dreigeteilt“, stellt Meyer fest. Hinzu kommt, dass die CDU momentan „versucht, sich links zu schminken, so dass die Sozialdemokraten in die Zange gekommen sind.“



Thomas Meyer

Problematisch sei des Weiteren, dass die Mitgliedschaft in der SPD „die gesellschaftliche Struktur der 70er und 80er Jahre abbildet“, gibt Machnig zu bedenken. Meyer pflichtet ihm bei: „Um leistungsfähig zu bleiben, muss eine neue Orientierung an der realen Gesamtgesellschaft Ziel einer zukunftsfähigen SPD sein.“ Dies sei eminent wichtig für die SPD, damit sie mehrheitsfähig bleibt, um so ihren Führungsanspruch aufrecht zu erhalten.

Aus diesen Gründen auf eine düstere Zukunft für die Sozialdemokratie zu schließen, sei jedoch verfehlt, schließlich wollen „80 Prozent der Menschen, dass der Sozialstaat erhalten bleibt oder sogar noch weiter ausgebaut werden soll“, betont

Meyer.

Die SPD müsse sich kritisch mit den eigenen Fehlern der Vergangenheit auseinandersetzen, programmatisch erneuern und ihr politisches Profil schärfen, damit sie wieder das große Wählerpotential abschöpfe.

Die Fehleranalyse und der daraus folgende Lernprozess dürfe nicht überstürzt werden, denn sonst wäre er unglaubwürdig, warnt Meyer. Ausgangspunkt müsse Lassalle sein: Was stimmt in unserer Gesellschaft nicht? Wo existiert eine unerträgliche Ungerechtigkeit? Das bis „in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts geltende Versprechen, dass durch Leistung und Bildung der Aufstieg möglich sei, ist heute zumindest in Frage gestellt“, hebt Machnig hervor, und fügt hinzu: „Studierende waren noch nie so reich an Berufserfahrung wie heute. Trotzdem erhalten sie von Unternehmen nur schlecht entlohnte Praktika nach erfolgreichem Universitätsabschluss; Deutschland ist zudem das einzige Land in Europa, in dem die Arbeiter in den letzten acht Jahren Reallohnverluste hinnehmen mussten; und auch auf dem Leiharbeitermarkt muss wieder Recht und Gerechtigkeit herrschen“. All dies führe bei der deutschen Mittelschicht zu einer weitverbreiteten Angst ihren Status zu verlieren, erklärt Machnig. Deshalb müsse sich die SPD wieder unbedingt auf ihre sozialdemokratischen Werte besinnen, um die richtigen Antworten auf die heutigen gesellschaftlichen Probleme zu geben.



Unter den aufmerksamen Gästen waren auch Alexandra Kassen und Norbert Burger

Um die SPD für potentielle Mitglieder wieder attraktiver zu gestalten, schlägt Meyer die Öffnung nach außen vor. Zum Beispiel durch temporäre Mitgliedschaften, Vorwahlen oder die Mitarbeit von Nichtmitgliedern an unterschiedlichen Themen, an denen auch außerparteiliche Experten teilnehmen können und sollen. Hierzu nimmt er die Ortsvereine in die Verantwortung. Diese müssten sich öffnen und dafür Sorge tragen, dass sie zu Werkstätten werden, an denen regional bedeutsame Themen erarbeitet werden. Auf die Publikumsfrage hin, wie die Ortsvereine dies genau ausgestalten sollen, antwortet Machnig: „Diese Fragen müssen vor Ort geklärt werden, da die regionalen Unterschiede einfach zu groß sind. Die Vorstellung,

dass die Ideen wie Manna vom Himmel fallen, ist aber falsch!“



Von der Führungsspitze der SPD erwartet Machnig, dass sie sich breiter aufstellt, indem bestimmte Themen mit einzelnen Personen besetzt werden, wie es beispielsweise beim Kompetenzteam von Steinmeier bei der letzten Bundestagswahl der Fall war. Hinzu kommt, dass die „SPD sich im Umgang mit den Medien wieder professionalisieren muss“, unterstreicht Machnig, „denn die Wahrheit ist, dass wir in einer *medialen* Demokratie leben.“



Auf die Frage von Martin Dörmann, was die SPD unternehmen muss, um im Fünf-Parteien-System mehrheits- und bündnisfähig zu sein, fordert Machnig innerparteiliche Richtungsdebatten und eine klare politische Identität. Nur so grenze man sich von den anderen Parteien ab. So werde die SPD wieder zu

einer echten unterscheidbaren Alternative für die Wähler. Weiterhin fordert Meyer von der SPD-Spitze eine glaubhafte Verkörperung dieser Politik, weil Menschen die Wahlprogramme nicht mehr lesen. „Da die Opposition nicht gewählt wird, sondern die Regierung abgewählt, brauchen wir eine intelligente Oppositionsarbeit“, so Machnig. „Die SPD muss fähig sein, bei Regierungsübernahme sofort konzeptionell eine Regierung zu führen.“

Was das Verhältnis zu Linken und Grünen angeht, so müsse sich die SPD aus sich selbst heraus definieren und nicht in Abgrenzung oder Nähe zu diesen Parteien. Die SPD sollte nur dann bereit sein, mit den Linken zu koalieren, wenn diese hierzu inhaltlich und personell fähig sind. Dazu gehöre auch die Forderung an die Grünen, endlich Position zu aktuellen Themen zu beziehen, wie beispielsweise deren Verhältnis zur CDU/CSU nach dem schwarz-gelben Ausstieg aus dem Atomausstieg. Momentan hielten sich die Grünen zurück, um niemanden auf die Füße zu treten. Machnig warnt die Grünen: „Everybody's Darling kann auch ganz schnell everybody's Arschloch sein!“

Soviel sei nach einem Jahr „Nichtregierungs-koalition“ im Bund für jeden, der eine gerechte und langfristig orientierte Politik will, klar: „Ohne eine Regierungsbeteiligung der SPD geht es nicht!“

Professor Kruse erläuterte die Auswirkungen des digitalen Wandels

Am 8. September traf sich der „Dialogkreis Netzpolitik“ bei Microsoft in Köln, um über die Auswirkung des digitalen Wandels auf Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft zu diskutieren. Prominenter Gastredner war diesmal **Prof. Dr. Peter Kruse**, ein anerkannter Experte im Bereich der Komplexitätsverarbeitung in intelligenten Netzwerken. Er war kürzlich auch als Sachverständiger zur Anhörung der Enquete-Kommission des Bundestages eingeladen (siehe nächste Seite).



Im Vorgespräch: Marc Jan Eumann, Martin Dörmann, Peter Kruse, Mike Cosse und Ibo Evsan

Die von **Martin Dörmann** mit initiierte und organisierte Veranstaltungsreihe spricht in erster Linie ein Expertenpublikum an und stieß auch mit ihrer zweiten Veranstaltung auf eine durchweg positive Resonanz. Teilnehmer waren wieder hochkarätige Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Wissenschaft und Medien, die im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie tätig sind.

Die Grundfrage, mit der sich Professor Kruse beschäftigt, lautet: „Wie kann man Menschen und Computer so miteinander verbinden, dass sie als Ganzes intelligenter sind als die Summe der Einzelnen?“ Es handele sich hierbei also um kollektive Intelligenz. Das Internet sei eine solche Form von kollektiver Intelligenz und habe innerhalb kürzester Zeit einen enormen Einfluss auf die Gesellschaft erlangt.

Dieser Einfluss lässt sich laut Kruse auf drei Faktoren zurückführen: Erstens existiere aufgrund der sehr großen Anzahl miteinander verbundener Internetnutzer eine sehr hohe Verbindungsdichte. Dies führte zu einer hohen Dynamik des Internets.

Zweitens begnügten sich die Nutzer nicht nur damit, im Internet zu surfen oder Videos anzuschauen, sondern nehmen vielmehr aktiv am Geschehen im Netz teil, z.B. indem sie eigene Inhalte auf ihrer Homepage oder in sozialen Netzwerken wie Facebook erstellen.

Drittens ergäben sich sogenannte nicht-lineare Rückkopplungseffekte: Nutzer können ihre

Freunde im Netz sehr einfach auf ein gerade stattfindendes Ereignis aufmerksam machen. Diese Freunde können nun wiederum ihre Bekannten auf das Ereignis hinweisen, die dann weitere Menschen informieren und so weiter.

Zusammen mit den ersten beiden Faktoren könne sich eine Nachricht „lawinenartig“ verbreiten. Die besondere Eigenschaft des Internets sei also, dass es sehr einfach die massenhafte Mobilisierung von Nutzern zu einem bestimmten Thema ermögliche.

Weiterhin habe die enorme Zunahme der Nutzer im Internet in den letzten Jahren zu einer Angleichung der Altersverteilung im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung geführt. Somit wurde die anfängliche Spaltung zwischen Online- und Offline Welt überwunden. Die Möglichkeit, sich kostengünstig zu informieren und sich einfach mit Internetnutzern aus nah und fern auszutauschen, habe „die Macht vom Anbieter hin zum Nachfrager verschoben“, so Kruse. „Dies hat zur Folge, dass alle gesellschaftlichen Akteure unter der permanenten Beobachtung einer kritischen Öffentlichkeit stehen.“



Professor Dr. Peter Kruse

Wie schnell sich dabei die Menschen im Netz selbst organisieren könnten, zeigte erst vor kurzem der „Wahlkampf“ für das Amt des Bundespräsidenten, als sich innerhalb kürzester Zeit eine Vielzahl von Unterstützern selbständig im Netz zusammenfanden, um für den rot-grünen Kandidaten Gauck zu werben.

Die durch das Netz verursachte Informationsflut wertet Kruse als nichts Negatives. Dies sei nur eine Frage der Entwicklung von neuen Bewältigungsstrategien. Der Professor erklärte, dass „der Nutzer hierzu horizontales Wissen, also Wissen über verschiedene Wissensbereiche hinweg, benötigt.“ Solche Menschen, von ihm als Querdenker bezeichnet, seien fähig, Informationen auch außerhalb des eigenen Spezialisierungsbereiches einzuordnen und zu bewerten. Hierzu sei die Vermittlung von Netzwerkkompetenzen hilfreich, bei denen es primär um die „Verbindung von

Fakten zu Mustern und um das Herstellen von Zusammenhängen geht“, so Kruse.

Für Entscheidungsträger hat Kruse folgende Empfehlungen: „Werden Sie mit allen Mitarbeitern Ihrer Organisation zu transparenten Akteuren in der Dynamik der Netzwerke. Lassen Sie sich durch die Netzwerke irritieren und brechen Sie mit lieb gewordenen Gewohnheiten und Denkmustern.



Moderator Ibo Evsan mit Prof. Peter Kruse und Martin Dörmann

Gestalten Sie Bereich übergreifende Netzwerke und testen Sie neue Kooperationsformen zwischen Organisationen.“

Der Abend endete mit einer spannenden und intensiven Diskussion mit den Teilnehmern, moderiert von **Ibrahim Evsan**, dem Gründer des Internet-Unternehmens United Prototype.



10 Thesen von Prof. Peter Kruse zum digitalen Wandel

Die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ führte am 5. Juli in Berlin eine öffentliche Anhörung zum Thema „Auswirkungen der Digitalisierung auf unsere Gesellschaft – Bestandsaufnahme Zukunftsaussichten“ durch. Auf Anregung von **Martin Dörmann** war **Prof. Peter Kruse** als Sachverständiger geladen, der in 10 Thesen das Thema so zusammen fasste:

1. Die emotional geführte Debatte um die negativen persönlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen der digitalen Medien ist Ausdruck der ganz normalen Zurückhaltung gegenüber neuen Technologien.
2. Die angeblich durch die digitalen Medien ausgelöste Überforderung durch Informationsüberflutung ist eine Frage der Bewältigungsstrategien und nicht Folge des Erreichens prinzipieller Kapazitätsgrenzen.
3. Aufgrund des im Internet realisierten strukturellen und funktionalen Entwicklungsstandes entsteht ein generell wachsendes Bedürfnis der Menschen, sich aktiv an gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen.
4. Durch die enorme Vernetzungsdichte, die hohe Spontanaktivität der Nutzer und die Existenz länger kreisender Erregungen besteht im Internet eine hohe Auftretenswahrscheinlichkeit für Lawinen-Effekte.
5. Mit der Möglichkeit des spontanen Entstehens von Massenbewegungen durch Resonanzbildung in den sozialen Netzwerken verlagert sich die Macht grundlegend von den Anbietern auf die Nachfrager.
6. Durch die enorme Zunahme der Nutzerzahlen und die Angleichung der Altersverteilung der User an die Gesamtbevölkerung wird die Internet-Dynamik zunehmend zum Spiegel von Gesellschaftsdynamik.
7. Die durch das Internet gesteigerte Einsichtsfähigkeit in gesellschaftliche Zusammenhänge führt in Verbindung mit dem Wissen um die Macht der Resonanzbildung zur Re-Politisierung der Öffentlichkeit.
8. Das erstarkende öffentliche Interesse am Spiel der Kräfte zwischen unterschiedlichen Stakeholder- Perspektiven fordert von Unternehmen und Institutionen maximale Transparenz und Nachhaltigkeit ab.
9. Die Machtverschiebung durch das Internet stellt eine große kulturelle Herausforderung dar für alle Organisationen mit primär auf Systemkontrolle und Wettbewerb ausgerichteten Handlungsstrategien.
10. Das im Internet bestehende Missverhältnis zwischen der erlebten Flüchtigkeit von Interaktionen und der dauerhaften Speicherung hinterlassener Spuren erhöht systembedingt das Risiko von Missbrauch.

→ **Der ausführliche Beitrag von Professor Dr. Peter Kruse zum Thema digitaler Wandel:**

www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/2010/Sitzungen/20100705/A-Drs_17_24_004-H_-_Stellungnahme_Kruse.pdf

Arbeitsschwerpunkte und Kölner Büros der SPD-Landtagsabgeordneten

Die drei Kölner SPD-Landtagsabgeordneten **Martin Börschel**, **Stephan Gatter** und **Jochen Ott** sind am 8. September von der SPD-Landtagsfraktion als Fachsprecher für bestimmte Politikbereiche gewählt worden (s.u.). Der langjährige Landtagsabgeordnete für den

Wahlkreis Köln-Mühlheim **Marc Jan Eumann** wurde bereits zuvor zum Staatssekretär bei der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien ernannt und ist deshalb aus dem Landtag ausgeschieden.



Martin Börschel

Wahlkreis 15 (Köln III)

Ehrenfeld, Nippes

Ausschussmitgliedschaften (ord.):

- Haushalt und Finanzen (Sprecher)
- Kommunalpolitik

Büro als Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

SPD-Fraktion im Rathaus
Spanischer Bau
50667 Köln
Postfach 101143
40002 Düsseldorf

Homepage:

www.martin-boerschel.de



Stephan Gatter

Wahlkreis 18 (Köln IV)

Kalk-West, nördliche Innenstadt

Ausschussmitgliedschaften (ord.):

- Haushaltskontrolle (Sprecher)
- Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Wahlkreisbüro Stephan Gatter

(Gemeinschaftsbüro mit Martin Dörmann)
SPD-Bürgerbüro Kalk
Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln
Mitarbeiter: Marco Pagano
Öffnungszeiten:
Montag, Mittwoch: 9 bis 12 Uhr
Donnerstag: 14 bis 17 Uhr
Freitag: 12 bis 15 Uhr

Homepage:

www.stephangatter.de



Jochen Ott

Wahlkreis 17 (Köln V)

Porz, Kalk-Ost

Ausschussmitgliedschaften (ord.):

- Bauen, Wohnen und Verkehr (Sprecher)
- Unterausschuss Landesbetriebe und Sondervermögen
- Schule und Weiterbildung

Wahlkreisbüro Jochen Ott

(Gemeinschaftsbüro mit Martin Dörmann)
SPD-Bürgerbüro Porz
Hauptstraße 327
51143 Köln
Mitarbeiterin: Marion Tillmann
Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag: 10 bis 14 Uhr

Weiteres Büro in Köln:

Magnusstraße 18b
50672 Köln
Öffnungszeiten:
Mo.: 9-14 Uhr, Di.: 13-18 Uhr, Mi.: 12-17 Uhr, Do.: 9-14 Uhr
Mitarbeiterin Heike Pohlmann

Homepage:

www.jochen-ott

Gemeinschaftsbüro in Köln

Gemeinschaftsbüro der Kölner SPD-Landtagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln
Mitarbeiter: Marc Overmann

Öffnungszeiten:

Mittwoch: 10 bis 12 und 14 bis 17 Uhr
Donnerstag: 10 bis 13 Uhr
Freitag: 10 bis 12 Uhr und 13 bis 15 Uhr

Die rot-grüne Landesregierung



Das rot-grüne Kabinett

Harry Kurt Voigtsberger, Angelica Schwall-Düren, Horst Becker (Staatssekretär), Guntram Schneider, Ute Schäfer, Ralf Jäger, Hannelore Kraft (Ministerpräsidentin), Johannes Rimmel, Sylvia Löhrmann, Norbert Walter-Borjans, Svenja Schulze, Thomas Kutschaty, Barbara Steffens (v.l.)

„Ich bin stolz, ein mit Männern und Frauen paritätisch besetztes Kabinett vorstellen zu können“, sagte die Ministerpräsidentin bei der Präsentation ihres Teams am 15. Juli in der Düsseldorfer Staatskanzlei. Aber nicht nur die bundesweit einmalige gleiche Besetzung der Geschlechter zeichnet das neue Kabinett aus, alle Kabinettsmitglieder haben auch „NRW-Erfahrung“. „Dieses „gute Team“ werde die Unterstützung der Bürger bekommen“, so Kraft.

Die neuen Ministerinnen und Minister

Der neue Finanzminister ist **Norbert Walter-Borjans** (SPD). Der 57-jährige Diplom-Volkswirt war zuvor Wirtschaftsdezernent und kommissarischer Kämmerer der Stadt Köln. In der Landespolitik erarbeitete er sich bereits als Regierungssprecher von Johannes Rau einen guten Ruf.

Innenminister ist der 49-jährige Duisburger **Ralf Jäger** (SPD). Jäger ist bereits seit 10 Jahren Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtages und war als Fraktionsvize für Innen-, Rechts- und Kommunalpolitik zuständig.

Harry Voigtsberger (SPD) hat das Amt des Wirtschaftsministers übernommen. Voigtsberger war seit 2008 Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland und damit Chef von 15.000 Mitarbeitern, die sich im Auftrag der Kommunen unter anderem um Museen und Förderschulen kümmern.

Für den Bereich Justiz ist **Thomas Kutschaty** (SPD) zuständig, der dem Landtag seit 2005 angehört und war dort Leiter eines Untersuchungsausschusses.

Das Arbeitsressort bekleidet der DGB-Landeschef **Guntram Schneider** (SPD). Der gebürtige West-

fale arbeitete seit 1974 im Gewerkschaftsbereich.

Familienministerin ist die 56-jährige Pädagogin **Ute Schäfer** (SPD). Sie war in der rot-grünen Landesregierung unter Peer Steinbrück Schulministerin, später bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion sowie stellvertretende Vorsitzende der NRW-SPD.

Die profilierte Europapolitikerin **Angelica Schwall-Düren** (SPD) ist Ministerin für Europa- und Bundesratsangelegenheiten. Schwall-Düren war bislang Bundestagsabgeordnete und dort als stellvertretende Fraktionsvorsitzende für den Bereich Angelegenheiten der Europäischen Union zuständig.

Das Wissenschaftsressort hat **Svenja Schulze** (SPD) inne. Die studierte Germanistin und Sozialwissenschaftlerin sitzt seit 2004 im Landtag, dem sie bereits von 1997-2000 angehörte und war in der Zwischenzeit als Rechnungsprüferin und Unternehmensberaterin tätig.

Die stellvertretende Ministerpräsidentin **Sylvia Löhrmann** (Bündnis 90/ Die Grünen) bekleidet das Ministeramt für Schule und Weiterbildung. Sie ist seit 1995 Landtagsabgeordnete und war zuvor als Lehrerin tätig.

Das Ressort Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz wird von **Johannes Rimmel** (Bündnis 90/Die Grünen) übernommen. Er gehört dem Landtag seit 1995 an und war dort seit 1997 umweltpolitischer Sprecher seiner Fraktion.

Barbara Steffens (Bündnis 90/Die Grünen) ist als Ministerin für die Bereiche Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter zuständig. Die studierte Chemikerin gehört dem Landtag seit 2000 an.

→ Nächste Seite: Übersicht der Minister/innen und Staatssekretär/innen

Übersicht der Minister/innen und Staatssekretäre

Ministerium	Minister/in	Staatssekretär/in
Ministerpräsidentin	Hannelore Kraft	Chef der Staatskanzlei Franz-Josef Lersch-Mense
Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen	Dr. Angelica Schwall-Düren	Marc Jan Eumann
Schule und Weiterbildung	Sylvia Löhrmann	Ludwig Hecke
Finanzen	Dr. Norbert Walter-Borjans	Dr. Rüdiger Messal
Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr	Harry Kurt Voigtsberger	Dr. Günther Horzetzky
Inneres und Kommunales	Ralf Jäger	Dr. Hans-Ulrich Krüger
Arbeit, Integration und Soziales	Guntram Schneider	Dr. Wilhelm Schäffer
Justiz	Thomas Kutschaty	Dr. Brigitte Mandt
Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- schutz und Verbraucherschutz	Johannes Rimmel	Udo Paschedag
Innovation, Wissenschaft und Forschung	Svenja Schulze	Helmut Dockter
Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport	Ute Schäfer	Prof. Klaus Schäfer
Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter	Barbara Steffens	Marlies Bredehorst

Regierungserklärung von Hannelore Kraft

"Der Mensch steht im Mittelpunkt." Dieses Prinzip sei der Maßstab, nach dem die neue Landesregierung handelt, bekräftigte Ministerpräsidentin **Hannelore Kraft** in ihrer ersten Regierungserklärung. Konkrete Ziele des Regierungshandelns seien Chancengleichheit für alle Kinder, eine ökologische Vorreiterrolle Nordrhein-Westfalens, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, die Sicherung der Mobilität und die Stärkung des Ehrenamtes.

Kraft warb im Plenum des Landtages dafür, gemeinsam Nordrhein-Westfalen menschlicher zu machen. Erreichen wolle die Landesregierung dies "durch gezielte Investitionen in die Bildung, durch gute Arbeit und bessere Chancen für Menschen mit Benachteiligungen gerade auf dem Arbeitsmarkt". Zudem setze die Landesregierung auf die Bewahrung und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, eine nachhaltige Integration zugewanderter Familien, auf mehr Chancengleichheit auch für Frauen und auf "mehr demokratische Teilhabe aller

Bürgerinnen und Bürger", auf "einen wirksamen Schutz ihrer Rechte und ihrer Sicherheit".

Wer frühzeitig in die Bildung investiere, der investiere direkt in die Zukunft, hob Ministerpräsidentin Kraft hervor. Als weiteren Schwerpunkt setzte sie einen neuen ökologischen Aufbruch im Industrieland NRW: "Wir sind Industrieland und wollen es bleiben." Und: "Wir wollen Nordrhein-Westfalen zum Vorreiter der ökologisch-industriellen Revolution machen." In einer älter werdenden Gesellschaft sieht Hannelore Kraft einen Grund zur Freude und nicht zur Sorge. Nordrhein-Westfalen solle zu einem Musterland für eine Gesellschaft des langen Lebens werden. Dazu gehöre auch eine Arbeitswelt, die sich die Erfahrung der Älteren zunutze mache und sie nicht länger ausschließe.

Die Ministerpräsidenten schloss ihre Regierungserklärung mit den Worten: "Zusammen können wir das schaffen. Denn uns eint eine große Gemeinsamkeit: Die Leidenschaft für unser Nordrhein-Westfalen."

→ **Der komplette Text der Regierungserklärung sowie ein Videomitschnitt unter:**
www.nrwspd.de/meldungen/1/88914/Erste-Regierungserklaerung-von-Ministerpraesidentin-Hannelore-Kraft.html

Projektgruppe Medienkompetenz eingesetzt

Am 13. September hat im Paul-Löbe-Haus die fünfte öffentliche Sitzung der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ stattgefunden.

Erster Tagesordnungspunkt der Sitzung war das Thema Medienkompetenz. Unter den Mitgliedern der Enquete-Kommission bestand Einigkeit darüber, wie wichtig die Vermittlung von Medienkompetenz im 21. Jahrhundert sei. Dabei wurde betont, dass zwar in besonderem Maße aber nicht nur Kinder und Jugendliche Adressaten einer Medienerziehung seien.

Auch Eltern und Lehrer müssten im Umgang mit digitalen Medien unterstützt werden. **Dr. Wolfgang Schulz**, Medienforscher am Hans-Bredow-Institut in Hamburg und von der SPD benanntes sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission, hob hervor, dass es um reale Nutzungschancen gehen müsse. Eine zeitgemäße Mediennutzung beinhalte nicht nur passiven Medienkonsum sondern auch aktive Fähigkeiten und Teilnahmemöglichkeiten am Geschehen im Internet, sei es der tatsächliche Zugang zu Computerarbeitsplätzen, sei es das Bewusstsein und die Fähigkeit, sich im Internet selbstbestimmt zu bewegen.

Die Hamburger SPD-Abgeordnete **Aydan Özoguz**

stellte heraus, dass die Vermittlung der Fähigkeit, Medieninhalte zu bewerten und nach individuellen Bedürfnissen für sich zu nutzen, keine Frage des Elternhauses sein dürfe, sondern Voraussetzung von Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche sei.

Die Kommissionsmitglieder beschlossen die Einrichtung einer entsprechenden Projektgruppe, die sich dem Thema Medienkompetenz in den kommenden Monaten eingehend widmen wird.

Weiterhin wurde aus den bereits eingerichteten Projektgruppen „Netzneutralität“, „Urheberrecht“ und „Datenschutz“ berichtet.

Abschließend erläuterte **Martin Dörmann** die Beratungen der Online-Arbeitsgruppe, die sich während der parlamentarischen Sommerpause mit der Einbeziehung des „18. Sachverständigen“ beschäftigt hat. Dieser Begriff bezeichnet die interessierte Öffentlichkeit, die über die Webseite der Enquete-Kommission mittels eines speziellen, leicht zu bedienenden Programms zukünftig noch stärker die Möglichkeit erhalten soll, eigene Vorstellungen zu den Themen der Kommission einzubringen. Bereits jetzt ist dies über das Forum möglich.

→ **Das Forum und weitere Informationen zu den Themen der Enquête-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ sind verfügbar auf der Webseite: www.bundestag.de/internetenquete/**

Anhörung und Fragen zur Netzneutralität

Die Diskussion um die Netzneutralität wird seit längerer Zeit im anglo-amerikanischen Raum geführt und ist dort heftig umstritten. Die EU-Kommission hat in einer Erklärung zur Netzneutralität die hohe Bedeutung des Erhalts des offenen und neutralen Charakters des Internets betont. Im Koalitionsvertrag wird die Wahrung von Netzneutralität als Ziel angegeben. Auch für die SPD-Bundestagsfraktion kommt der Netzneutralität eine besondere Bedeutung zu.

Die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ hat zum Thema „Netzneutralität“ eine eigene Projektgruppe eingesetzt. Sie soll insbesondere klären, inwieweit es gesetzgeberischen Handlungsbedarf gibt, um Netzneutralität zu wahren.

Auf Anregung von **Martin Dörmann** wird es in der nächsten Sitzung der Enquete-Kommission am 4.

Oktober eine öffentliche Anhörung zum Thema Netzneutralität geben. Zehn externe Sachverständige werden sich zu den technischen, ökonomischen und juristischen Aspekten des Themas äußern.

Bereits Anfang September hat die SPD-Bundestagsfraktion Unternehmen, Verbände und Einzelpersonen, die in besonderer Weise an der Entwicklung des Internets beteiligt und interessiert sind, um ihre Einschätzung zum Thema Netzneutralität gebeten und einen Fragenkatalog übersandt, den Martin Dörmann als Mitglied der Projektgruppe Netzneutralität gemeinsam mit den von der SPD benannten Sachverständigen der Enquete-Kommission entwickelt hat. Die Ergebnisse der Befragung sollen in die weiteren politischen Überlegungen einfließen, insbesondere auch in die Arbeit der Enquete-Kommission.

→ **Der komplette Fragenkatalog im Netzpolitik-Blog der SPD-Bundestagsfraktion unter: <http://blogs.spdfraktion.de/netzpolitik/2010/09/17/umfrage-netzneutralitaet/#more-243>**

Note „sehr gut“ für Martin Dörmann bei Abgeordnetenwatch

Jede Bürgeranfrage wird beantwortet

Vor der parlamentarischen Sommerpause erhielten die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf dem Internetportal „abgeordnetenwatch.de“ Zeugnisse über ihre Antwortbilanz. Dabei ging es um die Frage, welcher Abgeordnete in den ersten neun Monaten dieser Wahlperiode ausnahmslos jede Bürgerfrage beantwortet hat („sehr gut“) und wer

mit einer mangelhaften Antwortbilanz enttäuschte.

Von den 622 Abgeordneten erhielten 275 die Note „Sehr gut“, darunter **Martin Dörmann**. 100 Parlamentarier haben überhaupt keine Frage beantwortet. Die Durchschnittsnote aller Bundestagsabgeordneten liegt bei 2,83.

Bundshaushalt 2011

Soziale Spaltung mit fiskalischen Mitteln

Die Fortsetzung der sozialen Spaltung mit fiskalischen Mitteln – das ist der Kern des von der Bundesregierung vorgelegten Haushaltsentwurfes, der vom 13. bis 17. September in erster Lesung debattiert wurde.

Die Bundesregierung kürzt bei den Schwachen und verteilt neue Privilegien an die wirtschaftlich Starken. Sie schneidet scharf in den Sozialhaushalt und kürzt bei der Integrationspolitik, präsentiert aber eine riesige Blase von Luftbuchungen, wo es zum Beispiel um die Beteiligung der Finanzwirtschaft geht. Schwarz-Gelb ist die Koalition der Klientelpolitik und verletzt auf fundamentale Weise die Gerechtigkeit.

Eckdaten des Haushalts

Der Bund soll im kommenden Jahr 307,4 Milliarden Euro ausgeben können. Das sind 12,1 Milliarden Euro weniger als in diesem Jahr (2010: 319,5 Milliarden Euro). Die Nettoneuverschuldung soll im kommenden Jahr 57,5 Milliarden Euro betragen. In diesem Jahr sind dafür 80,2 Milliarden Euro vorgesehen. Laut Finanzplan des Bundes 2010 bis 2014 soll die Neuverschuldung in diesem Jahr um rund 15 Milliarden Euro geringer ausfallen als im verabschiedeten Haushalt eingeplant. Die positive wirtschaftliche Entwicklung, auf die die Reduzierung der Neuverschuldung zurückzuführen ist, ist auch ein Ergebnis der maßgeblich von den SPD-Ministern in der Großen Koalition konzipierten Stabilisierungsmaßnahmen und Konjunkturpakete.

Den größten Einzeletat hat laut Haushaltsentwurf das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit 131,85 Milliarden Euro. Der zweitgrößte Etatposten ist die Bundesschuld (Zinsen, die der Bund für bestehende Schulden bezahlen muss) mit 38,1 Milliarden Euro. Verabschiedet werden soll der Haushalt 2011 in der Woche vom 23. bis 26. November 2010.

Schuldenbremse zur Begrenzung der Neuverschuldung

Mit diesem Etat muss die Bundesregierung auch erstmals die 2009 im Grundgesetz neu eingeführte sog. Schuldenbremse berücksichtigen. Der neu gefasste Art. 115 Abs. 2 GG gibt Bundesregierung und Parlament auf, dass ab 2016 die strukturelle Neuverschuldung des Bundes 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht übersteigen darf. Eine konjunkturelle Komponente kommt dabei noch hinzu, die in konjunkturell schlechteren Zeiten zwar eine höhere Neuverschuldung erlaubt, in konjunkturell besseren und guten Zeiten aber deren stärkere Rückführung

durch verschärfte Sparanstrengungen oder Mehreinnahmen verlangt.

Bis 2016 müssen in einem konstanten Abbaupfad die Schulden um etwa 7 Milliarden Euro pro Jahr zurückgeführt werden. Diese grundgesetzliche Verpflichtung ist eine unverrückbare Linie auf dem Weg zurück zu einer vertretbaren und verantwortbaren Staatsverschuldung. Die Ausgestaltung bleibt aber Sache der politisch Handelnden – dazu bedarf es gerechter und solidarischer Grundsätze und eines klaren Kurses.

Die schwarz-gelbe Koalition hat mit ihrem „Sparpaket“ ihre Vorschläge vorgelegt. Sie sind eine Kampfansage an die Prinzipien der gerechten Lastenverteilung: Umfassende Kürzungen zu Lasten Arbeitsloser und auf Kosten von Investitionen stehen im scharfen Kontrast zu Klientelgeschenken, Steuerprivilegien und Luftbuchungen bei der Beteiligung der Finanzwirtschaft. Die Bundesregierung riskiert damit den inneren Frieden unseres Landes.

Statt nur die Ausgaben zu senken, muss die Regierung endlich die Einnahmen verbessern. Mit einer sinnvollen Vermögens- und Erbschaftssteuer, einem realistischen Spitzensteuersatz und der angemessenen Besteuerung von Finanzmarktgeschäften könnten Einnahmen generiert werden, die über Jahre hinweg faire und solidarische Politik ermöglichen würden.

Neuordnung der Finanzmärkte nicht schleifen lassen

Die konjunkturelle Erholung zur Mitte des Jahres war stark. Aber sie löst nicht die strukturellen Risiken und Gefahren, die uns die Finanzmarktkrise dramatisch vor Augen geführt hat. Daraus keine Lehre zu ziehen, wäre unverantwortlich. Die Lasten, die als Folge des Bankendesasters nach wie vor auf den öffentlichen Haushalten liegen, sind eine fortwährende Mahnung, die Neuordnung der Finanzmärkte nicht schleifen zu lassen. Zur gerechten Lastenverteilung und zur Begrenzung kurzfristiger Spekulation gehört die Finanztransaktionssteuer. Die Koalition aber ist in dieser Frage zerstritten. Die FDP will diese Steuer nicht. Die Union setzt sich nur halbherzig dafür ein. Ob sie kommt, steht in den Sternen. Die in der Finanzplanung ab 2012 dafür einkalkulierten zwei Milliarden Euro sind ein Luftschloss des Finanzministers. Wir setzen den Kampf um die Finanztransaktionssteuer fort.

Soziale Kälte statt Heizkostenzuschuss

„Soziale Kälte statt Heizkostenzuschuss“ scheint das Motto des neuen Bundeshaushalts zu sein. Der angebliche Sparwille der Regierung geht einzig zu Lasten der schon heute Armen. Der Sozialstaat soll nun dafür bluten, dass Banken und Großkonzerne nicht ausreichend an den Kosten der Wirtschaftskrise beteiligt werden. Mutwillig verschärft die Regierung mit ihrer Haushaltspolitik die soziale Spaltung. Fast zehn Prozent der Einsparungen betreffen den Bereich Arbeit und Soziales, und zwar an den empfindlichsten Stellen:

Die neue „Soziale Kälte“ von Schwarz-Gelb wird greifbar bei der Streichung des Heizkostenzuschusses. Die Regierung will diesen für Wohngeldempfänger abschaffen. Menschen also, die trotz Arbeit wenig verdienen und deshalb Anspruch auf Wohngeld haben, können sich damit faktisch die Heizung kaum noch leisten.

Arme Eltern werden künftig noch ärmer. Das bisher 300 Euro pro Monat betragende Elterngeld für ALG-II-Empfänger und Geringverdiener soll entfallen. Rund 130.000 betroffene Familien haben so im ersten Lebensjahr ihres Kindes 3.600 Euro weniger zur Verfügung. Das ist ungerecht und bedeutet faktisch die Schaffung von Eltern 2. Klasse.

Auch die Abschaffung des befristeten Zuschlags zum ALG II ist zutiefst ungerecht. Bisher erhalten Menschen, nachdem sie von Arbeitslosengeld I ins ALG II abrutschen einen befristeten Zuschlag. Der dient dazu, den Übergang abzufedern und ehemals Arbeitende nicht unmittelbar gleichzustellen mit Langzeitarbeitslosen. Dies entspricht für uns dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit, indem die Lebensleistung berücksichtigt wird. Dieser Zuschlag soll nun ersatzlos entfallen.

Besonders absurd wird es, wenn die Regierung bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik kürzt. Man bekämpft keine Armut, indem man Arbeitslosigkeit verstetigt. Bisher haben Arbeitslose neben den finanziellen Leistungen auch Anspruch auf Fortbildungs- und Beratungsleistungen. Dieser Anspruch soll entfallen und künftig nach dem Ermessen der Sachbearbeiter im Amt beurteilt werden. Ob dann immer fachliche Notwendigkeit statt Sparvorgaben das Hauptkriterium sind, darf zumindest bezweifelt werden.

Bildungsetat: Schavans Seifenblasen platzen eine nach der anderen

Der von der Bundesregierung vorgeschlagene Aufwuchs für das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ist selbstverständlich positiv und findet unsere Unterstützung. Aber nicht einmal 58 Prozent der Mittel für Bildung und Forschung werden tatsächlich in das zuständige Fachressort fließen. Ein großer Anteil geht etwa auch in das Arbeitsressort für die Umsetzung des Hartz-IV-Urteils aus Karlsruhe. Damit ist die großspurige Ankündigung der Koalition, bis 2013 den Etat des BMBF im Vergleich zu 2005 verdoppeln zu wollen, bereits jetzt Makulatur.

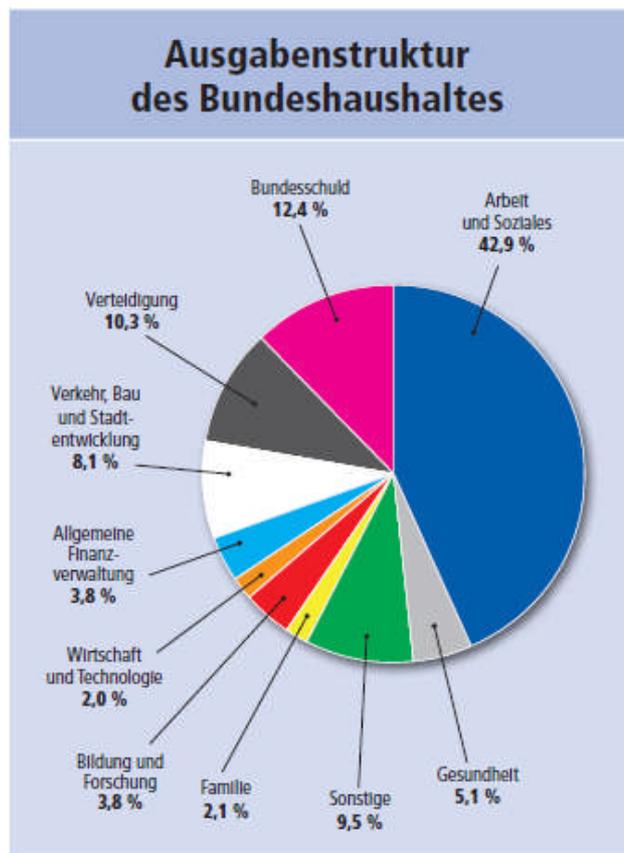
Besonders bitter ist, dass Ministerin Schavan sogar das Kunststück fertig bringt, trotz eines kräftigen Aufwuchses für das BMBF in zahlreichen Schlüsselbereichen der Bildung Kürzungen vornehmen zu müssen. Das trifft vor allem:

- die Begabtenförderung der Förderwerke;
- den Übergang von der Schule zur Berufsbildung;
- die aktive Ausbildungsförderung;

- die Verbesserung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse
- und die Weiterbildung.

Wenn etwas rund läuft in diesem Haushalt, dann sind es die bereits von Rot-Grün oder der Großen Koalition gestarteten Maßnahmen wie die Exzellenzinitiative, der Pakt für Forschung und Innovation und der von der SPD durchgesetzte Hochschulpakt, die alle Ansatzsteigerungen aufweisen.

Mit immer neuen Vorschlägen und Belehrungen hat die Ministerin die Länder immer mehr gegen sich aufgebracht, Schäuble den Ländern mit der Steuersenkungspolitik zudem auch bildungspolitisch die Luft abgeschnürt. Seitdem deshalb der Bildungsgipfel geplatzt ist, hat die „Bildungsrepublik“ Schlagseite und blockieren die Länder jede gemeinsame Maßnahme. Diese gegenseitige Blockade mit den Ländern kann sich Deutschland nicht leisten. Sigmar Gabriel hat deshalb in seiner Rede am 15. September der Kanzlerin einen Bildungspakt angeboten. Gemeinsam sollten Koalition und Opposition die „unselige Verfassungsänderung“ zur Trennung der Bildungszuständigkeit rückgängig machen. Diese Regelung im Grundgesetz verhindert eine vernünftige Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Bildungspolitik.



Schwarz-Gelbe Heuchelei in der Integrationsdebatte

Der Haushalt zeigt nicht zuletzt das Versagen von Schwarz-Gelb in der Integrationspolitik. Merkel redet viel von Integration, sie tut aber nichts dafür. Im Gegenteil, integrationspolitisch bedeutende Programme bei Bildung, Arbeit und städtischer Entwicklung werden systematisch zusammengestrichen. Integration fordern, aber bei Integrationspolitik streichen – das ist die Wahrheit der schwarz-gelben Gesellschaftspolitik.

- Integration heißt früher Besuch einer Kita. Den Kommunen aber wurde über Steuergeschenke an

Klientelgruppen das Geld genommen, um den Ausbau der frühkindlichen Bildung voranzutreiben.

- Integration heißt gute Berufsausbildung. Bei Maßnahmen zur Berufsorientierung und Ausbildungsförderung aber setzt Schwarz-Gelb den Rotstift an.
- Integration heißt, eine zweite Chance zu bekommen. Schwarz-Gelb kippt den Rechtsanspruch auf Nachholen des Schulabschlusses und ersetzt ihn durch eine Ermessensleistung, damit auch hier gekürzt werden kann.
- Integration heißt, dass ausländische Abschlüsse anerkannt werden. Doch Schwarz-Gelb kürzt die entsprechenden Haushaltsansätze im Bundesministerium für Bildung und Forschung zur Anerkennung von Leistungen und Zertifikaten.
- Integration heißt Arbeit. Doch Schwarz-Gelb will ausgerechnet bei der Arbeitsvermittlung in den kommenden Jahren immer schärfer kürzen.
- Integration heißt soziales Miteinander im Stadtteil zu stärken. Doch Schwarz-Gelb kürzt in der Städtebauförderung und gefährdet das erfolgreiche Programm „Soziale Stadt“. Die FDP verhöhnte diesen Ansatz geradezu, als sie in der Haushaltsdebatte 2010 rief: „Die Zeit der Errichtung von Bibliotheken für Mädchen mit Migrationshintergrund ist vorbei. Das gab es zu Zeiten einer anderen Koalition!“

Die Alternative: Gerecht sparen, wachstumsorientiert konsolidieren

Die Rückführung der Neuverschuldung kann nur mit den Menschen gelingen und nicht gegen sie. Nur wenn die

Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger überzeugt von Notwendigkeit und Maßnahme ist, kann Konsolidierungspolitik erfolgreich sein. Nur wenn starke Schultern mehr tragen als schwache, kann Schuldenabbau gerecht sein. Nur wenn Deutschland Zukunftsaufgaben finanziert, kann Konsolidierung dauerhaft und nachhaltig sein. Für uns sind soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Zukunftsinvestitionen maßgeblich für jede konkrete Maßnahme. Schuldenreduzierung muss ökologisch sinnvoll und ökonomisch klug sein. Nur bei ökologisch und ökonomisch kluger Ausrichtung wird aus nachhaltiger Schuldenreduzierung eine wachstumsorientierte Konsolidierungspolitik.

Die Grundsätze einer wachstumsorientierten Konsolidierungspolitik werden durch fünf Säulen ausgestaltet. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert:

1. Schulden abbauen und die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse einhalten,
2. die Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden sichern und verbessern,
3. durch Investitionen Wachstum, Beschäftigung und Leitmärkte der Zukunft fördern,
4. unsinnige Staatsausgaben und Subventionen kürzen und
5. Schwerpunkte für Aufgaben des Staates setzen, die einer nachhaltigen finanziellen Ausstattung bedürfen. Dazu gehören in erster Linie Bildung und Forschung, Familie und Kinder und die öffentliche Infrastruktur. Die Ausgaben müssen dabei den Aufgaben folgen.

Energiepolitisches Konzept der SPD

Für eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Energieversorgung

Die SPD-Bundestagsfraktion hat auf ihrer Klausursitzung am 9. und 10. September ihr energiepolitisches Konzept „Sozialdemokratische Politik für eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Versorgung“ diskutiert. Für die SPD-Fraktion steht fest, am Atomausstieg darf nicht gerüttelt werden. Mit der geplanten Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken kündigen Union und FDP einen Vertrag auf, der auf einer breiten gesellschaftlichen Zustimmung beruhte. Stattdessen will sie eine rückwärtsgewandte Energiepolitik betreiben, die Monopolstrukturen stärkt, Sicherheit gefährdet, das Atommüllaufkommen erhöht, Investitionen in die Erneuerung des Kraftwerksparks zurück führt und Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien behindert.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert demgegenüber eine Energiewende für eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Energieversorgung. Im Zentrum des energiepolitischen Handelns müssen das Thema Effizienz und der massive Ausbau der erneuerbaren Energien stehen.

Die Bundesregierung hat mit den vier großen Energiekonzernen eine Verlängerung der Laufzeiten ihrer Atomkraftwerke um durchschnittlich zwölf Jahre vereinbart. Das dafür erforderliche

Gesetz will Schwarz-Gelb am Bundesrat vorbei in Kraft setzen, da Union und FDP in der Länderkammer keine eigene Mehrheit hat. Dagegen wollen die SPD-geführten Länder und die SPD-Bundestagsfraktion klagen. Die SPD-Bundestagsfraktion will zudem überprüfen lassen, ob der Vertrag gegen das Grundgesetz verstößt.

Außerdem haben in dieser Woche die Minister Röttgen und Brüderle den Entwurf für ein Energiekonzept vorgestellt. Kern sind die längeren Laufzeiten für Atomkraftwerke. Damit stellt die Koalition das Prinzip der Zukunftsplanung auf den Kopf. Wo will man hin und welche Mittel führen zum Ziel – diese Fragen müsste ein seriöses Zukunftskonzept beantworten können. Die Koalition hat aber in der Energiepolitik nur einen gemeinsamen Nenner: Die Atomkraft erhalten. Um diese Vorgabe strickt sie nun ein Konzept, das nur dem Zweck dient, diesen politischen Willen zu stützen. Ob es Alternativen gibt, wird nicht untersucht. Das so genannte Energiekonzept der schwarz-gelben Bundesregierung ist rückwärtsgewandt und bleibt jenseits der Atompolitik unkonkret und unglaubwürdig.

Gabriel-Rede und Beschlüsse zur Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik

Auf dem Bundesparteitag der SPD am 26. September hat **Sigmar Gabriel** in Berlin den Regierungsanspruch der SPD untermauert. „Wir wollen 2013 eine eigene Mehrheit zusammen mit den Grünen – das ist unser Ziel“. Die schwarz-gelbe Klientelpolitik bezeichnete er als ein „Konjunkturprogramm für Politikverdrossenheit“.

Selbstbewusst geht die SPD den Weg der Erneuerung und der Weiterentwicklung ihrer Inhalte. Nach der verlorenen Bundestagswahl im vergangenen Jahr sieht der SPD-Vorsitzende die politische Lage und die Stimmung im Land gewandelt. Nichts, was der SPD vor zehn Monaten prophezeit wurde, sei eingetreten, betonte Gabriel am Sonntag in seiner Parteitagsrede. „Es kommt nur auf uns selbst an!“

Scharf kritisierte der SPD-Vorsitzende die Bilanz von Schwarz-Gelb im ersten Regierungsjahr: die Steuerpolitik zugunsten von Hoteliers und Großbanken, dass Pharmakonzerne selbst Gesetzentwürfe schrieben und die Geschenke an die Atomlobby zulasten des Gemeinwesens: „Angela Merkel ist zur Kanzlerin der Konzerne geworden. Das ist ein Konjunkturprogramm für Politikverdrossenheit“, stellte Gabriel fest und verwies auf den Kontrast durch die sozialdemokratischen Minister Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück und Olaf Scholz, die in der großen Koalition die Linie vorgegeben und das Land sicher durch die Krise geführt hätten.

Leidenschaftlich warb der SPD-Vorsitzende für die vom Parteivorstand in den Leitträgen vorgeschlagenen Weichenstellungen. Es gehe darum, der Globalisierung „eine andere Richtung“ zu geben: „Gerechtigkeit für alle

Leitantrag: „Neues Wachstum“

Die SPD macht sich wirtschaftspolitisch für ein neues Wachstumsmodell stark. Mit deutlicher Mehrheit beschlossen die 525 Delegierten auf dem Berliner Arbeitsparteitag den Leitantrag „Deutschland besser regieren! Neues Wachstum – Unser Projekt für ein faires Deutschland“.

Den Finanzkapitalismus der letzten zwei Jahrzehnte sieht die SPD gescheitert. Denn er hat sich nicht als Motor für neuen Wohlstand dargestellt, sondern als Hemmschuh für wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritt. Dennoch zeigt Schwarz-Gelb wenig Initiativen, um Anreize und Regeln durchzusetzen, die dafür sorgen, dass das vorhandene Kapital in neue Investitionen statt in Spekulationen fließt. Vielmehr bedient die Bundesregierung einflussreiche Klientelinteressen – andere werden kräftig zur Kasse gebeten.

Die SPD hingegen will ein neues Wachstumsmodell etablieren. So bekräftigt etwa der Parteitagsbeschluss das Ziel der Vollbeschäftigung. Möglich sei dies, wenn es gelänge, die Investitionsquote der Unternehmen deutlich anzuheben. Wo der Markt versagt, seien neue Anreize und Instrumente nötig, damit in Produkte von Morgen

und nicht Reichtum für Wenige“. In Deutschland müsse vor allem mehr in Bildung und Betreuung investiert werden. Dafür soll der Spitzensteuersatz auf sehr hohe Einkommen auf bis zu 49 Prozent angehoben und die Vermögensteuer wieder eingeführt werden.

Arbeitsmarktpolitisch müssten der gesetzliche Mindestlohn, gleicher Lohn für gleiche Arbeit und mehr Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft durchgesetzt werden. Und für eine angemessene Alterssicherung forderte Gabriel, den gesetzlich vorgesehenen Überprüfungsauftrag für die Rente mit 67 ernst zu nehmen, denn bislang gebe es zu wenig Beschäftigung für über 60-Jährige. Die SPD will das Thema in den nächsten Monaten breit diskutieren, und auf dem Parteitag im kommenden Jahr einen Beschluss fassen.

Für die aktuelle Integrationsdebatte sprach sich Gabriel für eine differenzierte Betrachtung aus. Dort, wo alles fördern und fordern nicht helfe, „brauchen wir keine neuen Gesetze“, die bestehenden müssten aber konsequent angewandt werden. „Bei Deutschen wie bei Ausländern“, unterstrich der SPD-Vorsitzende die Überzeugung, dass Integration vor allem ein soziales und nicht ausschließlich Zuwanderungsthema sei.

Abschließend warb der Parteivorsitzende für eine Politik, die auch mutige Weichenstellungen offensiv vertrete. Die Aufgabe bestehe darin, „sozialdemokratische Werte und Prinzipien, von denen unser Gemeinwesen lebt“, wieder in den Mittelpunkt von Politik zu rücken. „Mit Klarheit, Konsequenz und Leidenschaft. Machen wir uns an die Arbeit!“

investiert wird. Um die Binnennachfrage anzukurbeln, müsse sich die Lohnentwicklung konsequent an der Produktivität orientieren. Ein gesetzlicher Mindestlohn sowie eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung müssten dazu durchgesetzt werden – eingebettet in eine verbesserte Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitik.

Die Mitbestimmung in Deutschland soll als Stütze der Wirtschaft weiter gestärkt werden. Dabei gehe es darum, die Kultur der Kooperation und Teilhabe auszubauen und dabei vor allem auch die Gleichstellung von Frauen und Männern weiter zu verbessern.

Grundsätzlich, so die Feststellung, sei neues Wachstum nur denkbar, wenn dies auf einer anderen Grundlage der Nachhaltigkeit erfolge: Effizienter Umgang mit Rohstoffen und der schrittweise Umstieg auf nachwachsende Rohstoffe und ihre nachhaltige Herstellung. Um alle Menschen am Aufschwung teilhaben zu lassen, sind folgende Maßnahmen aus sozialdemokratischer Sicht von besonderer Bedeutung:

Bis spätestens 2015 soll das Ziel umgesetzt sein, die Ausgaben für Bildung bei Bund und Ländern auf 7 Pro-

zent des BIP und damit um mindestens 20 Milliarden Euro pro Jahr zu steigern.

Städte und Gemeinden als Orte der gesellschaftlichen Integration und des Zusammenhalts und als Investitionslokomotive in Deutschland sind strukturell unterfinanziert. Die schwarz-gelbe Klientelpolitik führt zu weiteren Einnahmeausfällen in Höhe von 2,3 Milliarden Euro. Darum fordert die SPD die Rücknahme der Klientelgesetze von CDU/CSU und FDP für Großkonzerne, reiche Erben und Hoteliers. Und bekennt sich zur Gewerbesteuer, die gestärkt werden soll.

Im Rahmen einer neuen Ordnung auf den Finanzmärkten will die SPD den Akteuren eine klare Eigenverantwortung für Risiken zuweisen. Notwendig dafür seien insbesondere eine Finanztransaktionssteuer, ein Finanz-TÜV und eine schlagkräftige europäische Aufsicht, heißt es im Leitantrag.

Im Rahmen der ökologischen Industriepolitik soll durch eine Förderinitiative Ressourceneffizienz die ökologische Zukunftsfähigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit der Deutschen Wirtschaft gesteigert werden, wozu auch der Umbau des Deutschlandfonds gehört. Leitmärkte wie die Kreativ- und Gesundheitswirtschaft sollen durch gezielte Maßnahmen gefördert werden.

Über eine steuerliche Forschungsförderung und durch gezielte Maßnahmen private Investitionen zu fördern und die öffentliche Investitionsquote zu erhöhen.

Grundlage sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik sind gesunde Staatsfinanzen. Sozialdemokratische Finanzpolitik beruht auf einer wachstumsorientierten Konsolidierungspolitik und einer gerechten Steuerpolitik für neues

Leitantrag: „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“

Mit grundlegenden Reformen will die SPD auf dem Arbeitsmarkt eine neue Ordnung schaffen. In ihrem Beschluss „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“ sprachen sich die Delegierten des Parteitags für die Begrenzung von Leiharbeit, mehr Mitbestimmung und einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro aus. Unterm Strich geht es um eine „neue Kultur der Arbeit“.

An die Diskussionen auf dem Dresdner Parteitag anknüpfend, setzt sich die Partei auch selbstkritisch mit Fehlentwicklungen aus den Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Bundesregierung auseinander – beispielsweise bei der Leiharbeit oder auch bei der Vermögensanrechnung von Arbeitslosengeld II-Empfängern.

Im Kern geht es darum, den Trend auf dem Arbeitsmarkt weg von sozialversicherungspflichtiger und Existenz sichernder Beschäftigung zu stoppen. Eine klare Absage erteilt die SPD dem Ansatz, das Lohnabstandsgebot durch Kürzungen in der Grundsicherung zu gewährleisten, wie es die FDP will. Auch darum macht sich die SPD für einen gesetzlichen Mindestlohn stark und unterstützt den Deutschen Gewerkschaftsbund in seiner Forderung nach 8,50 Euro als Lohnuntergrenze.

Leih- und Zeitarbeit müsse zudem wieder auf ihren eigentlichen Zweck zurückgeführt werden. Denn sie habe sich – auch durch Tarifverträge mit neu entstandenen

Wachstum.

Darum fordert die SPD:

- Klientelgesetze der Regierung, wie die Mehrwertsteuer-Ermäßigung für Hoteliers, zurückzunehmen,
- Mindestlohn statt staatliche Subventionierung von Armutslöhnen,
- ökologisch schädliche Subventionen abzubauen und den Verteidigungsetat zu modernisieren.

Zur Erhöhung der unterdurchschnittlichen Steuerquote und zur Wiederherstellung von mehr Gerechtigkeit in Deutschland sollen die Steuereinnahmen gesichert und verstetigt werden

Steuerhinterziehung müsse effizienter bekämpft und die Einnahmesituation verbessert werden, heißt es weiter im wirtschaftspolitischen Leitantrag. Teil dessen müsse auch eine gerechte Vermögensbesteuerung sein sowie eine Einkommensbesteuerung, die die individuelle Leistungsfähigkeit stärker berücksichtigt. Der Spitzensteuersatz soll darum auf 49 Prozent erhöht werden, dafür aber erst ab 100.000 Euro für Singles (200.000 Euro für Verheiratete) greifen.

Ziel der wirtschafts- und finanzpolitischen Vorschläge ist: ein faires und gerechtes Deutschland, in dem die Menschen zuversichtlich in die Zukunft blicken. Nachhaltiges neues Wachstum, das nicht auf Kosten der Natur und zu Lasten des sozialen Ausgleichs geht. Ein anderer Wohlstand, der sich nicht nur am Bruttoinlandsprodukt, sondern vor allem auch an der Lebensqualität einer möglichst großen Zahl von Menschen bemisst.

„Scheingewerkschaften“ – weniger zu einem Instrument der Flexibilität entwickelt als viel mehr zur Lohnrückerei. Darum will die SPD die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte in den Entleihbetrieben stärken und den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchsetzen. Die betriebliche Mitbestimmung soll darüber hinaus auch in anderen Unternehmen ausgebaut werden.

In einem ausgebauten sozialen Arbeitsmarkt will die SPD Langzeitarbeitslosen, die wegen starker Vermittlungshemmnisse derzeit kaum Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, neue Perspektiven geben. 200.000 neue Beschäftigungsverhältnisse sollen geschaffen werden. Als Prinzipien gelten, dass keine reguläre Beschäftigung dadurch vernichtet wird, dass die Lohnhöhe sozialversicherungspflichtig sein soll und die Hilfebedürftigkeit des Arbeitssuchenden ausschließt. Außerdem muss die Annahme eines solchen Angebots freiwillig sein.

Wichtige Verbesserungen schlägt die SPD zudem beim Arbeitslosengeld vor. Der Anspruch auf das Arbeitslosengeld I soll demnach bei beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen bis zu zwölf Monate verlängert werden. Wegen des hohen bürokratischen Aufwands und auch um die Lebensleistung jedes Einzelnen zu honorieren fordert die SPD die Abschaffung der Vermögensprüfung beim Arbeitslosengeld II.

Portraitsammlung über SPD-Persönlichkeiten



Auf der Homepage www.martin-doermann.de sind frühere Portraits in einer Sonderausgabe abrufbar (Startseite).

Vorgestellt: Astrid Klug Bundesgeschäftsführerin der SPD

Biografie

geboren am 4. Februar 1968 in Homburg/Saar

seit 1984: Engagement in der Umwelt-, Friedens- und Anti-Atomkraft-Bewegung

seit 1985: Mitglied der SPD

seit 1987: Initiatorin und Mitorganisatorin des Umwelt- und Friedenstages, der größten Ökomesse des Saarlandes

1987: Abitur am Christian-von-Mannlich-Gymnasium in Homburg

ab 1987: Studium an der Fachhochschule für Bibliotheks- und Dokumentationswesen

1990: Diplombibliothekarin in der Universitätsbibliothek Saarbrücken

1992: Leiterin des Amtes für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Verwaltung des Saarpfalz-Kreises

1994-2004: Mitglied des Stadtrates von Homburg

seit 1997: Mitglied des Landesvorstandes der SPD Saar

seit 2000: Stellvertretende Vorsitzende der SPD Saar

2002-2009: Mitglied des Deutschen Bundestages

2005-2009: Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium

Seit 2009: Bundesgeschäftsführerin der SPD



10 persönliche Fragen an Astrid Klug

1. Welche politischen Vorbilder hast Du?

Clemens Lindemann, seit 25 Jahren sozialdemokratischer Landrat im Saarpfalz-Kreis, ein engagierter Kommunalpolitiker ganz nah bei den Menschen.

2. Wen würdest Du gerne einmal treffen?

Nelson Mandela

3. Deine liebsten Urlaubsziele?

Ich freue mich immer, wenn ich zurück nach „Hause“ ins saarländische Homburg komme. Im Urlaub lege ich am liebsten einfach nur die Füße hoch.

4. Deine Leidenschaften?

Organisieren. Fahrradfahren. Und seit neuestem: Laufen im Treptower Park.

5. Dein politisches Leitmotiv?

Mich treiben zwei Leitmotive an: „Wenn einer alleine träumt, ist es nur ein Traum. Wenn

viele gemeinsam träumen, ist das der Anfang einer neuen Wirklichkeit.“ und "Politik für heute ist nur gut, wenn sie auch morgen noch richtig ist."

6. Deine Lieblingsfilme?

„Unsere Erde“ und „Eine unbequeme Wahrheit“

7. Deine Lieblingsmusik bzw. Lieblingsänger?

Die Hühner – coole Typen

8. Wen oder was nimmst Du auf eine einsame Insel mit?

Ein Boot zum Übersetzen.

9. Deine Lieblingsbücher?

Alles von und über Friedensreich Hundertwasser

10. Über wen lachst Du am liebsten

Über meinen Büroleiter

INFOS ZU MARTIN DÖRMANN, MdB

Aufgabenschwerpunkte: Wirtschaft und Medien

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I

Funktionen und Mitgliedschaften im Deutschen Bundestag

- Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie
- Mitglied in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“
- Stellv. Vorsitzender der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Unterausschuss „Neue Medien“
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Vorstand der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Berichterstatler der SPD-Fraktion für Telekommunikation und Raumfahrt

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand / Koordinator für den Gesprächskreis „Digitale Infrastruktur“

Die Büros in Berlin und Köln

Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Besucheradresse:

Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340
Tel.: 030 / 227 734 18
Fax: 030 / 227 763 48
martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam

Stefan Stader (Büroleiter),
Dr. Marc Drögemöller,
Anja Möbus, Jens Zimmer

Öffnungszeiten

Sitzungswochen
Mo.– Fr.: 8:30 bis 19 Uhr
Sitzungsfreie Wochen
Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 521 44
Fax: 02203 / 510 44
martin.doermann@wk.bundestag.de

Mitarbeiterteam von Martin Dörmann

Tim Cremer, Esther Frenzel, Assen
Kochev, Ralf Steinmeier (Webmaster)

Öffnungszeiten

Mo. bis Do.: 10 bis 18 Uhr
Fr.: 10-14 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Tel.: 0221 / 870 43 02

Mitarbeiter von Stephan Gatter

Marco Pagano

Öffnungszeiten

Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr
Do.: 14 bis 17 Uhr
Fr.: 12 bis 15 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 169 195 77
Fax: 0221 / 169 195 79
koelner-spd-mdb@netcologne.de

Mitarbeiterin

Renate Dinkelbach

Öffnungszeiten

Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2010

Die 3., 4., 6., 8., 9., 11., 12., 16., 18., 20., 23., 24., 26., 27., 37., 39., 40., 43., 45., 47., 48. und 50. KW sind Sitzungswochen. Eine Übersicht ist abrufbar unter:

www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html

IMPRESSUM

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis
Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION

Martin Dörmann (verantw.),
Anja Möbus, Assen Kochev,
Artikel auf S. 17/18 Jan Almstedt

BILDNACHWEIS

Büro Dörmann (S. 1, 2, 3 oben, 4 bis 9),
Anatoliy Stipankow (S. 3 unten), Karl-
Heinz Tillmann (S. 3 links, 4 oben), Mo-
nika Möller (S.4 unten), NRWSPD (S.10),
NRW-Landtag (S. 11), Das Parlament
(S.15), Astrid Klug (S. 19)

ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint etwa 6
mal im Jahr. Sie wird auf der Homepage
eingestellt sowie per eMail an einen be-
sonderen Verteiler versendet.

E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen
werden möchte, sendet eine Nachricht
an:

martin.doermann@bundestag.de

(Mitglieder bitte mit Angabe des Orts-
vereins)

FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-Son-
derausgaben sind auf der Homepage
eingestellt.

HOMEPAGE

www.martin-doermann.de

